

Beschluss des Landrats vom 13.02.2020

Nr. 392

30. Konzept für ein nachhaltiges Datenübertragungsnetz 2019/771; Protokoll: bw

Landratspräsident **Peter Riebli** (SVP) informiert, der Regierungsrat nehme das Postulat entgegen.

Michel Degen (SVP) erklärt, die SVP-Fraktion sei gegen die Überweisung. Das Postulat beschäftigt sich prinzipiell mit der 5G-Problematik für Mobiltelefone. Ein alternatives Netz, bestehend aus Glasfaserkabel und Access Points, sprich WiFi, soll geprüft werden. Aus technischer Sicht werden immer mehr Daten auf Mobiltelefone übertragen, weshalb es höherer Datenübertragungsraten bedarf. Technisch wird dies durch immer höhere Frequenzen umgesetzt. Da die Signale mit höheren Frequenzen eine geringere Reichweite haben, ist ein umso dichteres Antennennetz notwendig. Ebenfalls müssen auch die Mobiltelefone über eine entsprechende Sendeleistung verfügen, um die Verbindung aufbauen zu können. Möchte man die Verbindung mit WiFi herstellen, müsste ein umso dichteres Netz mit Access Points aufgebaut werden, denn die Sendeleistung eines Access Points ist um einiges geringer als von einer Mobilfunkantenne. Die Gesamtleistung von notwendigen Antennen wäre also in etwa gleich gross, wenn nicht sogar noch höher. Dass eine Region komplett mit WiFi erschlossen werden kann, ist unrealistisch, weshalb trotzdem Mobilfunkantennen betrieben werden müssten. Da die Signale etwa im selben Gigahertzbereich, also im Mikrowellenbereich, und auch künftig bei neuen Normierungen eher höher als tiefer zu liegen kommen, löst dies das Problem also nicht, sondern verschärft es sogar noch. Bereits heute befindet man sich in einem WiFi-Dschungel, der nur noch dichter würde. Es würde sich also um einen Versuch handeln, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben. In Bezug auf den Netzausbau mit Glasfaserkabel ist zu sagen, dass die Netzbetreiber ständig daran sind, das kabelgebundene Netz weiter auszubauen. Dass dabei vermehrt Glasfaserkabel zum Einsatz kommen, ist naheliegend, da durch diese Technologie höhere Datenübertragungsraten, also Bandbreiten, möglich sind und grosse Distanzen überbrückt werden können. Da das Postulat einerseits in Bezug auf die Glasfaserkabel bereits offene Türen einrennt und andererseits in Bezug auf Access Points einen Widerspruch in sich trägt, lehnt die SVP-Fraktion das Postulat ab.

Stefan Degen (FDP) fragt, was passiert, wenn das Postulat überwiesen wird. Mobiltelefone und Tablets werden nun einmal über Funkwellen betrieben. Auch Notebooks werden mit leistungsfähigeren WLAN-Netzwerken betrieben oder verfügen gar über eine SIM-Karte. Also auch da entfernt man sich eher weg von der drahtgebundenen zur mobilen Technologie hin. Die Zunahme stammt von uns allen – der Bevölkerung im Kanton, die sich freiwillig zur Verwendung mobiler anstatt kabelgebundener Daten entscheidet. Die Bevölkerung will es offenbar so. Wahrscheinlich handelt es sich um dieselben Personen, welche gegen mehr mobile Daten sind. Hier ist einfach ein Widerspruch im Willen und ein Zielkonflikt festzustellen. Möchte man etwas ändern, bräuchte es massive Eingriffe, die auf nationaler oder gar auf internationaler technologischer Ebene erfolgen. Man kann prüfen und verändern – das bringt nichts. Schlussendlich müsste jeder Einzelne sein Nutzerverhalten und seine Gewohnheiten ändern, damit es in die Stossrichtung des Postulats geht. Aufgrund des fehlenden Nutzens und der fehlenden Handlungsmöglichkeiten lehnt die FDP-Fraktion die Überweisung des Postulats ab.

Franz Meyer (CVP) macht es kurz: Auch die CVP/glp-Fraktion ist aufgrund der genannten Argumente gegen die Überweisung. Franz Meyer arbeitete auf diesem Gebiet während Jahrzehnten.

Der Bedarf an mobiler Datenübertragung wird nach wie vor steigen. Das wird sich mit einem Konzept auf Kantonsebene sicherlich nicht eindämmen lassen.

Erika Eichenberger Bühler (Grüne) erinnert daran, dass 5G die Bevölkerung bewege. Ein Artikel in der bz vom letzten Wochenende belegt, dass fünf von zehn Befragten Mobilfunkantennen als gefährlich erachten. In Bern, Genf und Zürich gibt es Protestmärsche gegen 5G. Funkantennen beschäftigen die Menschen, beeinflussen unseren Lebensraum und können unsere Lebensqualität einschränken. Der Fachbericht der Arbeitsgruppe Mobilfunk und Strahlung brachte keine Klärung oder Entwarnung. Man tritt also auf der Stelle. Währenddessen bauen Swisscom, Sunrise und Salt ihre Antennen im grossen Stil da, wo es keinen Widerstand gibt. 9 von 10 Handyantennen können allerdings nicht mehr aufgerüstet werden, weil bei ihnen bereits die Grenzwerte der Strahlungswerte erreicht sind. Die Telekomunternehmen fordern deshalb eine Erhöhung der Grenzwerte. Fakt ist, dass ein immer grösserer Bedarf an mehr Daten besteht. Bevor aber nicht sichergestellt ist, dass die Strahlen nicht gesundheitsgefährdend sind, dürften die Ausbauten eigentlich nicht bewilligt werden. Immer mehr Antennen mit immer höherer Strahlung kann nicht die Antwort sein. Es braucht andere Lösungsansätze für die wachsenden Datenvolumen, ganz nach dem Motto: Weniger ist mehr. Hier setzt das vorliegende Postulat an. Gerade in Ballungsgebieten könnte es tatsächlich zielführend sein, den hohen Datenbedarf auf das Glasfasernetz zu bringen. Der Regierungsrat soll anhand eines Gesamtkonzepts aufzeigen, wie der Kanton Basel-Landschaft die Datenübertragung mittels Glasfaser speziell in Ballungsgebieten ausbauen könnte. Ebenso ist aufzuzeigen, wie die öffentliche Hand in Zusammenarbeit mit den Mobilnetzbetreibern ein solches Netz im Sinne des Service public anbieten könnte. Immerhin ist der Kanton für den Gesundheitsschutz der Bevölkerung zuständig. Insofern ist es wichtig, dass die öffentliche Hand hier eine aktivere Rolle spielt. Weiterhin muss die Bevölkerung auch informiert werden. Denn es ist natürlich eine ungünstige Entwicklung, wenn der Festnetzanschluss zugunsten des Mobilfunks gekündigt wird. Hier ist wohl noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten.

Ursula Wyss Thanei (SP) erklärt, die SP-Fraktion unterstütze die Überweisung des Postulats fast einstimmig. Die Anforderungen an die Datenübermittlung bezüglich Volumen und Geschwindigkeit steigen. Die Bevölkerung sorgt sich um ihre Gesundheit. Natürlich gibt es keine wissenschaftlich fundierten Erkenntnisse und Beweise, dass Strahlen wirklich gesundheitsschädigend sind. Allerdings gibt es auch keine Beweise für die Unbedenklichkeit der Strahlenbelastung. Bekannt ist lediglich, dass die Belastung steigt. Das Postulat weist auch darauf hin, dass an der ganzen Thematik verschiedene Interessen miteinbezogen werden sollten. Die SP-Fraktion unterstützt die Forderung, dass die heutigen technischen Möglichkeiten ausgelotet werden und dass eine Auslegung erstellt wird.

://: Mit 46:40 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat abgelehnt.
